



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 15.04.2011

Niederschrift

über die **16. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 22.03.2011, 16:00 Uhr bis 18:57 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Geffen van	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	(bis 17.55 Uhr)
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Lars Möller	CDU	(bis 18.50 Uhr)
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz Die Linke.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD	(bis 18.15 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Thomas Werner	CDU	
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen	(bis 18.55 Uhr)

Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln	(ab 16.23 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	
Herr Dieter Pannecke	(bis 18.55 Uhr)

Verwaltung

Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Birgit Karbig	Dezernat Planen und Bauen
Frau Sandra Kißmann	Dezernat Planen und Bauen
Herr Ralf Mayer	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt
Frau Caroline Wagner	Dezernat Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger	
------------------------	--

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 16. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

Zu 1.1. Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion „PFA-Asphalt“
1144/2011

Tischvorlage

- 4.7 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz
0869/2011
I. Durchgang
- 5.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010
- 5.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf
0439/2011
- 5.15 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0843/2011
Tischvorlage
- 6.7 Gefährdung der Bewohner Höhenhauses durch den Bahnübergang Wupperweg
hier: Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.01.2011, TOP 8.9
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 31.01.2011, TOP 7.2.1
0788/2011
- 7.7 Straßensanierung Rheinuferstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 22.11.2010, TOP 3.1
0666/2011
- 7.8 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz
hier: Sachstandsbericht
1008/2011

- 7.9 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011
Anlagen 1 bis 4 als Tischvorlage
- 7.10 15 Minuten kostenfreies Parken
hier: Sachstandsbericht
1083/2011
Tischvorlage

Ergänzende nachträgliche Stellungnahmen der Verwaltung liegen vor zu

- 4.1 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
5387/2010
- 5.3 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010
II. Durchgang
- 5.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010

Vorsitzender Waddey schlägt vor, die kurzfristig als Tischvorlage verteilte Mitteilung unter TOP 7.10 in der kommenden Sitzung am 10.05.2011 zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.03.2011 betreffend
PFA-Asphalt für Kölns Straßen
AN/0571/2011

Stellungnahme der Verwaltung
1144/2011

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2011 betreffend
Nord-Süd-Stadtbahn; Stresstest auf der Rheinuferstraße
AN/0368 /2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
5387/2010

4.2 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen
0213/2011

4.3 Bedarfsfeststellung zur Sanierung von Straßenablaufleitungen in Köln-Dünnwald/Höhenhaus
0545/2011

4.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Breslauer Platz, Umgestaltung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze; Finanzstelle: 6601-1201-1-5040 Breslauer Platz, Umgestaltung
0564/2011

4.5 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Kölner Stadtgebiet bzw. wiederkehrenden Lieferungen für Materialien auf die städtische Bauhöfe
2254/2010

4.6 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher
4359/2010

4.7 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz
0869/2011

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen
4570/2010
- 5.2 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
4814/2010
- 5.3 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010
- 5.4 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung)
5016/2010
- 5.5 Entwicklungskonzept Lindweiler
2212/2010
- 5.6 Offene Bücherschränke in Köln
2491/2010
- 5.7 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung
0211/2011
- 5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Mülheimer Brücke
Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke
0262/2011
- 5.9 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze Finanzstelle: 6601-1201-0-1010
Erneuerung von Schutzplanken
0607/2011
- 5.10 Aufnahme der Rotlichtüberwachung in Köln, Ehrenfeldgürtel / Ecke Vogelsanger Str.
0670/2011

- 5.11 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0734/2011
- 5.12 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011
- 5.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010
- 5.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf
0439/2011
- 5.15 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0843/2011
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Stehende Rolltreppen in Chorweiler Nord
Anfrage der FDP-Fraktion
0459/2011
- 6.2 14. Sitzung des Verkehrsausschusses am 18.01.2011, TOP 4.3
Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße
5348/2010
0548/2011
- 6.3 Aufgrabung in der Ottostraße
hier: Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 8.6
0763/2011
- 6.4 U-Bahnhaltestelle Ebertplatz - Zugang zur Bushaltestelle Nordseite/Linie 148/140
9. Sitzung des Verkehrsausschusses am 07.09.2010, TOP 8.7
Anfrage des RM van Geffen
0566/2011

- 6.5 Verkehrssituation Alfred-Schütte-Allee in Köln-Poll
Anfrage der Fraktion pro Köln aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 1.2
0749/2011
- 6.6 TOP 8.5 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011
Radweg Gustav-Heinemann-Ufer zwischen Schönhauser Straße und Kap am Südkai
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
0972/2011
- 6.7 Gefährdung der Bewohner Höhenhauses durch den Bahnübergang Wupperweg
hier: Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.01.2011, TOP 8.9
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 31.01.2011, TOP 7.2.1
0788/2011
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz Mülheim in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020"
0520/2011
- 7.2 Bericht Stadtraummanagement 2010
0088/2011
- 7.3 Kontaktstellen für Hinweise zu defekten Leuchten sowie Fragen, Anregungen und Sonstiges zu Beleuchtungsangelegenheiten des öffentlichen Straßenlandes
0614/2011
- 7.4 Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2011
hier: Dringliche Umsetzung der Maßnahmen Industriestraße und Hagedornstraße
0644/2011
- 7.5 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2010
0773/2011
- 7.6 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten
0789/2011
- 7.7 Straßensanierung Rheinuferstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 22.11.2010, TOP 3.1
0666/2011

- 7.8 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz
hier: Sachstandsbericht
1008/2011
- 7.9 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011
- 7.10 15 Minuten kostenfreies Parken
hier: Sachstandsbericht
1083/2011
zurückgestellt

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Baumaßnahme Ittisstraße/Nußbaumer Straße
Anfrage des SE Preckel
- 8.2 Umgestaltung der Venloer Straße
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Sachstand zur Kreuzung Dürener Straße/Gürtel
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.4 Mannheimer Straße in Köln-Ostheim
Anfrage des RM Möring
- 8.5 Denkmalschutz der Südbrücke
Hinweis des RM Möring
- 8.6 Ampelregelung in der Trankgasse
Anfrage des SE Vietzke
- 8.7 Reinigung der Haltestelle Hansaring
Anfrage des SE Vietzke
- 8.8 Zugang zum Bahnhof-Süd
Anfrage des RM Wolter
- 8.9 Einfahrt Hochkirchen in Köln-Rondorf
Anfrage der SE Steiner
- 8.10 Verkehrssituation im Bereich Porz-Zündorf
Anfrage des RM van Benthem
- 8.11 Zustand der Bunsenstraße/Godorfer Hauptstraße
Hinweis des RM Möring
- 8.12 Anmeldung für Investitionsvorhaben des ÖPNV/SPNV
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 12.1 Prüfung der Gebührenerhebung für stadteigene Baumaßnahmen, Möglichkeiten der Gebührenbefreiung
0231/2011

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

- 15.1 Neuer Betriebshof für die Ämter Landschaftspflege und Grünflächen, Straßen und Verkehrstechnik und Sportamt
0435/2011

- 15.2 Externe Beauftragungen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
0538/2011

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.03.2011 betreffend PFA-Asphalt für Kölns Straßen AN/0571/2011

Stellungnahme der Verwaltung 1144/2011

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM dos Santos Herrmann bedankt sich für die zügige Erledigung der Anfrage und berichtet, dass im aktuellen Mitgliederheft des ADAC ein längerer Artikel über PFA-Asphalt und auch über mögliche Alternativen erschienen sei. Sie bitte die Verwaltung, hierüber in der kommenden Sitzung zu informieren.

RM Kirchmeyer verweist auf die „Wirtschaftswoche“ vom 17.01.2011, in der über einen sog. Nano-Belag berichtet wird und bittet die Verwaltung um eine Einschätzung.

SE Schmitz merkt an, dass nach seiner Auffassung Vorsicht bei der Anwendung von neuen Methoden geboten sei, da erst über einen größeren Zeitraum Erfahrungen gesammelt werden sollten.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Mitteilung - mit den Stellungnahmen der Verwaltung zu den heute aufgeworfenen Fragen - in der kommenden Sitzung erneut zu behandeln.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2011 betreffend Nord-Süd-Stadtbahn; Stresstest auf der Rheinuferstraße AN/0368 /2011

Unter Bezugnahme auf die Diskussion in der vergangenen Sitzung nimmt RM Möring erneut Stellung zum vorliegenden Antrag.

RM dos Santos Herrmann teilt seitens der SPD-Fraktion ihre Ablehnung mit. Ihre Fraktion habe vor einigen Monaten zwar mit der CDU-Fraktion einen Konsens gefunden, Vorkehrungen für einen späteren etwaigen Tunnel zu treffen; die Notwendigkeit eines Solchen könne jedoch derzeit noch nicht abschließend und seriös beurteilt werden. Auch realistische Rahmenbedingungen für einen Stresstest lägen zurzeit nicht vor, so dass er sinnlos sei und die Prioritäten aufgrund der begrenzten Finanzmittel anders gesetzt werden sollten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull der Aussage ihrer Vordrednerin an, dass realistische Rahmenbedingungen derzeit nicht vorhanden seien. Beispielhaft benennt sie die Verlagerungseffekte vom Auto auf die Linie 16, ein Lkw-Verbot sowie die geänderten Ampelschaltungen, die zum jetzigen Zeitpunkt herausgerechnet werden müssten.

RM Kirchmeyer signalisiert für die FDP-Fraktion Zustimmung zum vorliegenden Antrag; er biete eine realistische Möglichkeit festzustellen, ob und inwieweit Staus und Verkehrsbehinderungen entstehen werden. Ggf. komme man sogar zu dem Ergebnis, dass ein Tunnel nicht notwendig sein werde.

SE Arenz äußert seine Hoffnung, dass der Antrag abgelehnt werde. Den Bau eines Tunnels halte er insbesondere aus finanziellen Gründen nach wie vor für absolut unakzeptabel; der Durchführung eines Stresstestes stehe er aus denselben Argumenten negativ gegenüber, wie sie von den RM dos Santos Herrmann und Tull angeführt wurden.

Auf Nachfrage des RM dos Santos Herrmann bestätigt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, dass voraussichtlich in der nächsten Sitzung eine umfangreiche Stellungnahme zu der grundsätzlichen Thematik „Querung der Nord-Süd Stadtbahn mit der Rheinuferstraße“ – beschlossener Prüfauftrag aus 2010 - vorgelegt werden könne.

RM Möring greift die Ausführungen der Gegenredner auf und weist darauf hin, dass der Lkw-Verkehr ohne Weiteres durch begleitende Verkehrszählungen und dass anhand der Stellplatzzahl am P+R-Platz Verteilerkreis Köln ohne Weiteres die Verlagerungseffekte vom Individualverkehr auf den Öffentlichen Personennahverkehr erfasst werden können. Er halte ein Aufschieben des Stresstestes für nicht Ziel führend; die Basis sei im nächsten oder auch übernächsten Jahr nicht realistischer als heute. Die hierfür erforderlichen Mittel seien zudem nicht erheblich, so dass die CDU-Fraktion den Antrag aufrechterhalte.

Ausschussvorsitzender Waddey schließt die Diskussion und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Im Rahmen des Nord-Süd-Stadtbahnbaus - Querung der Rheinuferstraße-, werden im Mai 2011 die ersten Baustellen auf der Rheinuferstraße eingerichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vor Einrichtung der Baustelle einen sog. Stresstest durchzuführen, der die vorgesehenen Ampelschaltungen realitätsnah abbildet. Hierbei sind auch die Verdrängungsverkehre in den angrenzenden Wohnquartieren zu beobachten und zu dokumentieren.

Um einen repräsentativen „Verkehrsalltag“ abbilden zu können, ist der Stresstest vertraulich vorzubereiten, auf eine Ankündigung in der Öffentlichkeit wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln

- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 4.1 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt 5387/2010**

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Verwaltung eine ergänzende Stellungnahme mit einem neuen Beschlussvorschlag erarbeitet habe (vgl. Anlage 6).

RM Tull bedankt sich zunächst für die ergänzende Prüfung. Ihres Erachtens gehe es jedoch nicht darum, die Querschnitte zu verändern oder das Buskap zu versetzen; vielmehr sollte nach ihrer Interpretation lediglich der nach Norden führende Radverkehr vor dem „Straßenknick“ auf die Fahrbahn geführt werden, damit die Radfahrer über die Busspur hinweg auf der anderen Seite der Hüttenstraße wieder auf den Radweg des Ehrenfeldgürtels gelangen können. Bauliche Maßnahmen in größerem Umfang seien hierfür nicht erforderlich; als vergleichbares Beispiel führt sie die Subbelrather Straße an. Ein rechtliches oder praktisches Problem, Radverkehr über Busspuren hinweg zu führen, sei ihrer Ansicht nicht gegeben. Anhand der Planunterlagen verdeutlicht sie die Problemlage, die vielmehr durch den Verwaltungsvorschlag entstehen könnte.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, kann sich diesen Ausführungen nicht anschließen. Er betont, dass eine direkte Kreuzung von Bus- und Radverkehr aus Sicherheitsgründen grundsätzlich vermieden werden müsse und verweist in diesem Zusammenhang auf die hohen Unfallzahlen. Die vor Ort gegebenen Zwangspunkte – insbesondere das Widerlager der Brücke und die Bordsteine – lassen aus Sicht der Verwaltung keine andere, zufriedenstellende Lösung für alle Verkehrsteilnehmer zu. Den von RM Möring gemachten Vorschlag, eine nur für Radfahrer geltende Ampel zu installieren, sehe er eher kritisch, da zu befürchten sei, dass diese keinerlei Beachtung findet.

Vorsitzender Waddey vertritt die Ansicht, dass man den relativ großen Anteil an Radfahrern, die aus Richtung Venloer Straße kommen und auf dem Ehrenfeldgürtel bleiben wollen, an der ohnehin sehr engen Stelle nicht mit Fußgängern und dem gegenläufigen Verkehr auf eine Fläche bringen sollte. Er hält alternativ die Nutzung des vorhandenen Bahnhofstunnels für denkbar.

Anhand der zur Verfügung stehenden digitalen Planunterlagen ergibt sich anschließend eine weitere, fraktionsübergreifende Diskussion über mögliche Alternativen. Da diese jedoch zu keinem Ergebnis führen, schlägt Ausschussvorsitzender Waddey abschließend vor, einen Ortstermin durchzuführen und hierfür einen Gelenkbus der KVB zu erbeten, um die Problemlage realitätsnah betrachten zu können.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt; es soll zunächst ein Ortstermin durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen 0213/2011

Vorsitzender Waddey begrüßt die Verwaltungsvorlage nachdrücklich und schlägt vor, sie zunächst zur Anhörung in die Bezirksvertretungen zu verweisen.

BG Streitberger merkt an, dass deren Voten entscheidend seien und er den hiesigen Ausschuss insofern darum bitte, für die Vorlage zu werben. Die Bezirksvertretungen hätten nach wie vor große Vorbehalte gegen die Entfernung von Lichtsignalanlagen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das vor einigen Jahren durchgeführte Symposium zu dieser Thematik, das sicherlich zu einer besseren Akzeptanz beigetragen habe; gleichwohl bestünde in den Bezirken noch eine zu große Skepsis.

RM Möring macht für die CDU-Fraktion deutlich, dass das Symposium seine Fraktion bzw. den hiesigen Ausschuss von dem Programm überzeugt habe; die Bezirksvertretungen seien bei der Veranstaltung jedoch bedauerlicher Weise wenig präsent gewesen. Nicht Ziel führend sei es von daher, die Verwaltungsvorlage mit dem Titel „Einsparprogramm“ zu versehen. Die finanziellen Auswirkungen, Minimierung der Betriebskosten, seien sicherlich ein Argument; vordergründig und im Wesentlichen gehe es hier jedoch um den Ersatz einer Form durch eine sicherere oder eine gleich sichere, andere Betriebsform. Er halte es für unabdingbar, dies in den Bezirksvertretungen nachdrücklich zu kommunizieren.

Ausschussvorsitzender Waddey unterstreicht diese Ausführungen. Es gebe im Stadtgebiet viele beispielhafte, gut funktionierende Kreuzungen; diese müssen den Skeptikern vor Augen geführt werden.

RM Tull regt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, für eine bessere Akzeptanz mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, beispielsweise durch Auflegung eines Flyers, in dem alle Argumente für den Einsatz von alternativen Betriebsformen aufgeführt seien. Diese Flyer könnten in den Bezirksvertretungen verteilt werden.

SE Schmitz weist darauf hin, dass im vorliegenden Programm oftmals auch Fußgängerampeln in Frage gestellt werden und nach seiner Einschätzung der Widerstand vielmehr von den betroffenen Anwohnern und Eltern ausgehe als von den Bezirksvertretungen.

SE Werner macht darauf aufmerksam, dass die Lichtsignalanlage Nr. 702/70076 – Stadtbezirk Porz – bereits in Gänze abgebaut wurde.

Abschließend erinnert SE Schmitz an seine bereits häufiger gestellte Frage hinsichtlich der Anlage Lindenburger Allee/Bachemer Straße; diese diene der Schulwegsicherung, sei jedoch auch in den Ferien und nachts in Betrieb.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, die Anregung von RM Tull aufzugreifen sowie den Fragestellungen der SE Schmitz und Werner nachzugehen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretungen 1 bis 9.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.3 Bedarfsfeststellung zur Sanierung von Straßenablaufleitungen in Köln-Dünnwald/Höhenhaus
0545/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Straßenablaufleitungen in Köln – Dünnwald/Höhenhaus fest und fordert die Verwaltung auf, die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, mit der Durchführung der Arbeiten zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Breslauer Platz, Umgestaltung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze; Finanzstelle: 6601-1201-1-5040 Breslauer Platz, Umgestaltung
0564/2011**

RM Kirchmeyer erinnert diesem Zusammenhang an ihre mündliche Anfrage aus der vergangenen Sitzung zum Thema Glaskuppeln.

BG Streitberger merkt an, dass es hierzu noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Verwaltung gebe; eine schriftliche Stellungnahme werde zu gegebener Zeit nachgereicht.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung des Breslauer Platzes fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 707.221,74 € für die Umgestaltung des Breslauer Platzes bei der Finanzstelle 6601-1201-1-5040 – Breslauer Platz, Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Kölner Stadtgebiet bzw. wiederkehrenden Lieferungen für Materialien auf die städtische Bauhöfe
2254/2010**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.6 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher
4359/2010**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt RM Tull mit, dass diese sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt anschließen werde. Sie appelliere jedoch nachdrücklich an die Verwaltung, den offensichtlich unvermeidlichen Z-Überweg so zu gestalten, dass ein Durchkommen auch mit Fahrradanhänger, Zwillingsskinderwagen oder Rollstuhl möglich sein wird.

Auch RM Möring favorisiert seitens der CDU-Fraktion Variante B.

Dementsprechend stellt Ausschussvorsitzender Waddey die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung, die Lichtsignalanlage Aachener Straße in Höhe des Aachener Weiher zu erweitern - *Variante B* gemäß der Anlage 4 - , damit Fußgängern die Möglichkeit gegeben wird, auch den nördlichen Teil der Aachener Straße sicher queren zu können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz
0869/2011**

SE Arenz merkt an, dass im Rheinauhafen quasi ein neues Stadtviertel mit vielen Bewohnern und Arbeitnehmern entstanden sei, das jedoch nicht zufriedenstellend an den ÖPNV angebunden sei. Er rege daher an, neben der Verlängerung der Buslinie 106 bis zum Breslauer Platz diese durch den Rheinauhafen hindurch zu führen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, räumt ein, dass dies zwar von der Erschließungswirkung her wünschenswert wäre; das Gebiet sei jedoch seiner Zeit an die dortigen Eigentümer, Anwohner und Gewerbetreibende als reiner Fußgängerbereich verkauft worden. Die Wege zu den diversen Haltestellen seien zudem sehr verträglich und zumutbar.

Vorsitzender Waddey schlägt vor, der Vorlage zuzustimmen und auf Wiedervorlage zu verzichten, wenn die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

Ergänzter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz aus und beauftragt die Verwaltung, diese in Zusammenarbeit mit der KVB

unmittelbar nach den Sommerferien umzusetzen. 1 ½ bis 2 Jahre nach Umsetzung soll auf der Basis neuer Fahrgastzahlen über eine mögliche Taktveränderung entschieden werden.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Verlängerung der Linie 106 ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linie.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen 4570/2010

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Kalk anzuschließen.

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass nach Auskunft des NVR die Fördergelder für Maßnahmen der Barrierefreiheit durchaus auch schneller abgerufen werden könnten, sofern die entsprechenden Kapazitäten bei der Verwaltung bestehen würden. Sie bitte um eine kurze Erklärung.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt diese Einschätzung im Wesentlichen. Die Verwaltung melde in der Tat mehr Projekte an als umgesetzt werden können, was in der personellen Ausstattung in seinem Amt begründet liege. Dies mache sich insbesondere in der Neubauabteilung bemerkbar, deren Auslastung bei immerhin 200 % liege. Auch die Auslastung in der Planungsabteilung betrage mehr als 100 %. Neben den hier beschlossenen Maßnahmen Kalk-Post, Vingst und Friesenplatz sei auch die Haltestelle Barbarossaplatz angemeldet; die Letztgenannte müsse jedoch aus Personalmangel zurückgestellt werden. Es fehle an Bauleitern und -ingenieuren.

BG Streitberger fügt ergänzend hinzu, dass auch die Beauftragung von externen Büros Kapazitäten bei der Verwaltung, schätzungsweise 30 %, binden.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat ist mit der Planung zum Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung *unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk vom 17.02.2011 zur Platzgestaltung, dem Erhalt von Baumstandorten und der Optimierung der Verkehrsführung bis*

zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 100.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post – Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj.2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
4814/2010**

BG Streitberger berichtet von der durchgeführten Anwohnerversammlung, die überaus positiv und angenehm verlaufen sei. Es gab lediglich einige wenige, kleinere Anregungen hinsichtlich der Gestaltung von Grundstückseinfahrten, die jedoch nicht die Zuständigkeit des Ausschusses berühren.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt auf der Grundlage des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 01.03.2007 den Ausbau der Lützerathstraße und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 2.000.000 € im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6603-1201-8-5582, Lützerathstraße, Ausbau (Rösrather Straße –Am Burgacker), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010**

RM Tull macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Notwendigkeit der Lichtsignalanlage nach wie vor nicht überzeugt sei. Auch die Anordnung der Fahrradständer stelle sie nicht zufrieden. Sie schlage daher vor, die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung zurückzustellen, um in der Zwischenzeit nochmals – ggf. bei einem Ortstermin mit den Behindertenverbänden – über alternative Möglichkeiten nachzudenken.

BG Streitberger weist darauf hin, dass es ein klares Votum von diesen gäbe; es müsse auch bedacht werden, dass die Ampel bereits vorhanden sei und sie quasi als Besitzstand angesehen werden müsse. Er könne anbieten, nochmals das Gespräch mit den Behindertenverbänden zu suchen, um ggf. zu einer einvernehmlichen Lösung zu

kommen. Einen Ortstermin mit derart vielen Teilnehmern hingegen halte er für wenig Ziel führend. Zudem sei die Maßnahme zwischenzeitlich sehr zeitkritisch geworden.

SE Fahlenbock zeigt sich irritiert über diese Diskussion. In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft sei die Ampelanlage nicht thematisiert worden; vielmehr wurde die geplante Gestaltung der Flächen – z.B. Leitstreifen in Längsrichtung auf der Brücke – diskutiert.

Ausschussvorsitzender Waddey wirft die Frage auf, ob die „Möblierung“ der Brücke bzw. die Gestaltungsdetails zurückgestellt und in der heutigen Sitzung lediglich der Grundsatzbeschluss gefasst werden könne.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt dies. Anhand eines Planes zeigt er auf, dass die Leerrohre für die Ampel verlegt und Befestigungen vorgesehen werden sollten. Sofern zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung gegen diese Anlage getroffen werden sollte, seien diese Leitungen unschädlich und hätten zudem auch keine nennenswerte Kostenerhöhung verursacht.

SE Fahlenbock teilt mit, dass der Arbeitskreis „Barrierefreies Köln“ kommenden Dienstag tage und er dieses Thema ansprechen werde.

Nach kurzer Diskussion über den Wortlaut des Beschlusstextes stellt Vorsitzender Waddey diesen wie folgt zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der vorgelegten Planung des Brückenbauwerks Severinstraße über den Perlengraben ~~inklusive der vorgesehenen Gestaltung der Straßen- und Gehwegsflächen zu. Die Führung der Sehbehinderten erfolgt gemäß dem Vorschlag der Verwaltung mit taktilen Leitstreifen in Kombination mit einer Führung entlang des Füllstabgeländers.~~

Für die vorgesehene Gestaltung der Straßen- und Gehwegsflächen einschließlich der Details zur Barrierefreiheit wird die Verwaltung nochmals mögliche Alternativen prüfen bzw. mit den Behindertenverbänden erörtern und die Ergebnisse vorlegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.4 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) 5016/2010

Ausschussvorsitzender Waddey verweist auf die Empfehlungen einiger Bezirksvertretungen, die „Brötchentaste“ einzuführen; diese seien jedoch nach seiner Einschätzung nicht satzungsrelevant und unabhängig von der Verwaltungsvorlage zu sehen.

RM Möring äußert seitens der CDU-Fraktion seine Zufriedenheit über die Beschlüsse der Bezirksvertretungen; der überwiegende Wunsch nach Einführung der Brötchentaste bestätige seine Einschätzung und der hiesige Ausschuss werde sich sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt hiermit noch auseinandersetzen.

Für die FDP-Fraktion schließt sich RM Kirchmeyer diesen Ausführungen an. Sie macht in diesem Zusammenhang auch auf ein allen Fraktionen zugegangenes Schreiben des Förderkreises Rechtsrheinisches Köln aufmerksam. Bedauerlich sei,

dass die Mitteilung unter TOP 7.10 erst in der kommenden Sitzung behandelt werde; sie habe in den dortigen Ausführungen einige Widersprüche entdeckt. Die zur Diskussion anstehende Verwaltungsvorlage werde sie ablehnen.

RM dos Santos Herrmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage - trotz der Diskussionen in den Bezirksvertretungen - zustimmen werde, da eine Kurzzeitparktaste dazu herausfordere, mehrmals um den Block zu fahren, um den letzten freien Parkplatz zu suchen. Dies verursache unnötigen Verkehr und Belästigungen. Das vorliegende Konzept sei schlüssig und es sei derzeit keine Alternative ersichtlich.

SB Schiele kritisiert die Vorlage dahingehend, dass diese eine weitere Verteuerung für die Bürger darstelle; seine Fraktion lehne die neue Parkgebührenordnung ab.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln

5.5 Entwicklungskonzept Lindweiler 2212/2010

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey weist Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, mit, dass ein zeitlicher Rahmen für die Handlungsfelder (vgl. hierzu S. 47 der Vorlage) nicht benannt werden könne. Die aufgeführten Punkte werden sukzessive – voraussichtlich über mehrere Jahre – untersucht und abgearbeitet.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Lindweiler mit seinen Planungs- und Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung entsprechend § 1 (6) Nr. 11 Baugesetzbuch.
2. Auf Grundlage des Entwicklungskonzeptes beschließt der Rat für Köln-Lindweiler eine Festlegung als 'Gebiet der Sozialen Stadt' gemäß § 171e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB). Die Abgrenzung ist in Anlage 1, Anhang - Karte 11 dargestellt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines 'Integriertes Handlungskonzeptes' (IHK) als Grundlage zur Einwerbung von staatlichen Fördermitteln. Das IHK ist aus dem Entwicklungskonzept Lindweiler abzuleiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die in Anlage 1 unter Kapitel III - 4.5 aufgeführten 'ad hoc-Maßnahmen' sind von der Verwaltung vorab kurzfristig umzusetzen bzw. zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 Offene Bücherschränke in Köln
2491/2010**

Vorsitzender Waddey verweist auf die abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen, die im Wesentlichen auf einzelne Standorte abzielen. Er schlägt vor, diese nicht im Detail zu diskutieren.

BG Streitberger merkt an, dass der hiesige Ausschuss sich auf einen Grundsatzbeschluss, der die Zahl der Standorte beinhalte, beschränken könne. Hinsichtlich der Wünsche der Bezirksvertretungen sei die Verwaltung sicherlich flexibel und werde die abweichenden Anregungen prüfen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dem Antrag der Bürgerstiftung Köln vom 05.06.2010 stattzugeben, um im öffentlichen Raum der Stadt Köln insgesamt 24 „Offene Bücherschränke“ aufzustellen (s. Anlagen Nr. 1 - 3). Die im Antrag genannten Standorte verstehen sich als Standortbereiche. Der exakte spätere Aufstellungsort wird im Vorfeld der jeweils einzeln zu erteilenden Genehmigung bestimmt. Die Genehmigung sollte probeweise für ein Jahr erfolgen. Nach einem Jahr sollte nach Auswertung eines Erfahrungsberichtes über eine endgültige Genehmigung entschieden werden. Mit Rücksicht auf das übergeordnete Ziel der Strukturierung des öffentlichen Raumes versteht der Stadtentwicklungsausschuss die beantragten und noch nicht privat realisierten Standorte in Bezug auf die hier in Rede stehende Initiative für das gesamte Kölner Stadtgebiet als maximale Auslastung. Davon unberührt bleiben Planungen anderer Initiativen in den Stadtbezirken wie z. B. die Initiative Sozialraumkoordination Humboldt/Gremberg/Kalk.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung
0211/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Erhöhung der Investitionsauszahlungen der Baumaßnahme Edsel-Ford-Straße im Rahmen des Programms zur „Sanierung der Sickergrubenanlagen auf den erforderlichen Stand der Technik“ im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung, um 1.102.000 € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 2.140.000 € statt 1.038.000 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Mülheimer Brücke
Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke
0262/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Vergabe von Prüffingenieurleistungen für die Instandsetzung der Mülheimer Brücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe an einen externen Prüffingenieur. Die Realisierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Mittel in Höhe von 146.000,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.9 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze Finanzstelle: 6601-1201-0-1010
Erneuerung von Schutzplanken
0607/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 505.000,00 € für die Erneuerung der Schutzplanken der Industriestraße von Geestemünder Straße bis Emdener Straße bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1010 – Erneuerung von Schutzplanken, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 Aufnahme der Rotlichtüberwachung in Köln, Ehrenfeldgürtel / Ecke Vogelsanger Str.
0670/2011**

RM Kirchmeyer teilt seitens der FDP-Fraktion mit, dass diese die Vorlage ablehnen werde. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel der Kölnischen Rundschau vom 03.06. letzten Jahres. In diesem wurde ein Mitglied der städtischen Unfallkommission, Frau Bongenberg, dahingehend zitiert, dass an der in Rede stehenden Stelle ca. 10 Unfälle registriert wurden, die in den meisten Fällen jedoch auf Kollisionen zwischen Linksabbiegern und dem entgegen kommenden Verkehr zurückzuführen seien. Aus ihrer eigenen Erfahrung könne sie sagen, dass das Rotsignal häufig von den Abbiegenden schlichtweg übersehen werde bzw. diese das Grünsignal des

geradeaus fahrenden Verkehrs für sich in Anspruch nehmen. Somit müsse aus ihrer Sicht alternativ auch eine andere Schaltung der Lichtsignalanlage in Betracht gezogen werden.

Herr Mayer, Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung, stellt nachdrücklich dar, dass die Maßnahme nicht der Einnahmenerzielung sondern vielmehr der Erhöhung der Verkehrssicherheit diene. Über die vorgeschlagene Anordnung hinaus habe die Verwaltung in der Vergangenheit bereits andere Maßnahmen wie beispielsweise eine vorgezogene Stopplinie für den Linksabbieger getestet; bedauerlicher Weise jedoch erfolglos. Es müsse auch bedacht werden, dass sich die Zahl der Rotlichtfahrer stetig erhöhe und dieses Problem nur durch Kontrollen in den Griff zu bekommen sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt ergänzend aus, dass die Unfallkommission an Unfallhäufungsstellen vorzugsweise versuche, mit einfachen Mitteln wie Markierungen, Beschilderungen, Änderungen von Signalschaltungen auszukommen. Dies sei an der vorliegenden Stelle auch passiert; erst wenn andere Maßnahmen nicht fruchten, greife die Verwaltung wie im vorliegenden Fall zu derartigen Überwachungsmaßnahmen. Zum besseren Verständnis könne er dem hiesigen Ausschuss anbieten darzustellen, welche Maßnahmen im Einzelnen an dieser Kreuzung bereits durchgeführt wurden.

RM Kirchmeyer verwehrt sich gegen den „Vorwurf“, sie lehne eine Erhöhung der Verkehrssicherheit ab. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Überwachungsanlage bereits im letzten Sommer installiert wurde und dem zitierten Artikel zu Folge weitere Maßnahmen zur besseren Unterscheidbarkeit der Ampelanlagen umgesetzt werden sollen. Dies sei nach ihrer Beobachtung jedoch noch nicht geschehen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert RM Möring grundsätzliche Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Gleichwohl könne er sich den Fragestellungen seiner Vorrednerin anschließen. Zudem seien die in der Vorlage aufgeführten Rotlichtverstöße gemessen an der Gesamtunfalllage von nicht überwiegender Bedeutung. Auch nach seiner Einschätzung sei hier dringend geboten zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen in Frage kämen. Das Problem werde mit der Rotlichtüberwachung allein nicht gelöst; insofern möchte er den Vorschlag von Herrn Harzendorf nach einer detaillierten Sachstandsmitteilung incl. einer Unfallanalyse aufgreifen.

Herr Harzendorf räumt ein, dass die vorgetragene Einschätzung der Unfälle zutreffend sei. Es sei jedoch wichtig, auch dieses „Teilproblem“ zu lösen. Er sagt zu, die erbetene Mitteilung vorzulegen und darüber hinaus darzustellen, welche Maßnahmen zudem geplant seien.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss beschließt die Aufnahme von Kontrollen zur Einhaltung der Rotlichtphasen (ohne gleichzeitige Geschwindigkeitsüberwachung) an der Lichtsignalanlage Ehrenfeldgürtel / Ecke Vogelsanger Straße in Fahrtrichtung Süden (Melatengürtel) in Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**5.11 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0734/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.12 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt auf Nachfrage des SE Vietzke mit, dass das Konzept im Wesentlichen mit mobilen Elementen umgesetzt werden soll. Eine qualifizierte Vorlage nach Durchführung der Planung werde jedoch zu gegebener Zeit noch vorgelegt.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von Maßnahmen zum Schutz der rechtsrheinischen Stadtbahnanlagen vor Hochwasser. Für die beschriebenen Maßnahmen sollen die erforderlichen Planungsaufträge der Objektplanung und Tragwerksplanung zur Erstellung von ausschreibungsreifen Unterlagen erteilt, die erforderlichen Genehmigungen beantragt und die Finanzierung sichergestellt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von mehreren Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans in Höhe von 125.000,- € bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010**

Ausschussvorsitzender Waddey wirft die Frage auf, ob die linksrheinischen Treppenhäuser nicht auf Dauer geschlossen bleiben können, da bei einer Öffnung weitere Kosten zu erwarten seien. Zudem hätten sie eine nur geringe Frequenz und seien extrem Vandalismus anfällig. Ggf. könne dies auch bei einer erneuten Beratung über die barrierefreie Anbindung der Südbrücke erörtert werden.

BG Streitberger merkt an, dass die Frage durchaus berechtigt sei, er sie aber an dieser Stelle nicht abschließend beantworten könne. Auch er verweist in diesem Zusammenhang auf die noch ausstehende Entscheidung zu den Rampenbauwerken.

Auf eine weitere Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey teilt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau mit, dass die seiner Zeit vertraglich vereinbarte Zahlung für Kleinmaßnahmen der DB nach heutigem Stand in etwa 20.000 bis 25.000 € betragen werde. Die Verwaltung werde jedoch noch weitere, diesbezügliche Gespräche führen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat gem. Anlage 4 wie folgt zu beschließen:

Auf Grund der mit der DB Netz AG erzielten Abstimmung, dass die Sanierung der Treppentürme durch die DB Netz AG erfolgt, beschließt der Rat den Verzicht auf die Erneuerung der Zwischendecken in den beiden linksrheinischen Treppentürmen und beauftragt die Verwaltung mit der Teilkündigung des laufenden Bauvertrages für diese Leistungen.

Bei dieser Teilkündigung entstehen Kosten in Höhe von geschätzten 67.500,00 EURO. Diese Kosten umfassen den entgangenen Gewinn für beauftragte, aber nicht auszuführende Leistungen sowie für bereits beschaffte Materialien und deren bisherige Zwischenlagerung.

Die für die Teilkündigung erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Die linksrheinischen Treppenhäuser werden bis zur Durchführung der Sanierung durch die Deutsche Bahn AG nicht für die Öffentlichkeit freigegeben. Bis dahin sind die vorhandenen Außentreppen die einzigen linksrheinischen Zugänge.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf
0439/2011**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt RM Tull die Vorlage und äußert ihre Hoffnung bzw. Erwartung, dass die Maßnahme nun zügig angegangen werde. Sie rege jedoch nachdrücklich an, die entsprechenden Planunterlagen vor der Einreichung für das Planfeststellungsverfahren im hiesigen Ausschuss vorzulegen und zudem frühzeitig eine weit reichende Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Sie habe die Befürchtung, dass es seitens der betroffenen Grundstückseigentümer zu einem erheblichen Widerstand kommen werde. Sinnvoll erscheine ebenfalls, die positiven Erfahrungen mit dem Bürgerbüro der KVB in der Severinstraße aufzugreifen und den Betrieb des Büros auch für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn fortzuführen.

RM Möring macht für die CDU-Fraktion deutlich, dass auch diese sich eine schnelle Umsetzung der 3. Baustufe wünsche, sie jedoch der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen werde. Die Verwaltungsvorlage beinhalte eine unbefristete Personalaufstockung ohne vorherige Abwägung, wie dieses Problem gelöst werden könne. Er habe vielmehr erwartet, dass eine Vorlage eingereicht werde, die die mit der KVB abgestimmte Frage, welches Personal eingesetzt oder auch in wie weit auf das KVB-Personal zurückgegriffen werden könne, thematisiere. Die Planung sei aus seiner Sicht unglücklich, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass Personal zeitweise „doppelt vorhanden“ sei. Herr Möring merkt zudem an, dass die Dauer für die Vorbereitung dieser Maßnahme 2 Jahre betragen habe und dies zu lang sei. Es habe somit ausreichend Zeit bestanden, diese Fragen sorgfältig zu prüfen und darzulegen. Hinsichtlich der von RM Tull angeregten Einrichtung eines Bürgerbüros weist er darauf hin, dass dies unterstützenswert sei, eine Besetzung mit städtischen Mitarbeitern jedoch Ziel führender erscheine.

BG Streitberger teilt mit, dass auch er die frühzeitige, öffentliche Vorstellung der Pläne vor Eintritt in das Planfeststellungsverfahren für sehr wichtig halte, da er die Einschätzung, dass die Planung sehr konfliktträchtig sei, teile. Die Idee eines Bürgerbüros halte er für sehr sinnvoll, plädiere jedoch wie Herr Möring für eine Durchführung mit Verwaltungsmitarbeitern. Die Kritik nach der unzureichend geklärten Personalfrage weist er dahingehend zurück, dass die Verwaltung hier offen sei für etwaige Abordnungen oder Personalgestellungen seitens der KVB. Weiterhin betont Herr Streitberger, dass auch bei einer Bauherreneigenschaft der KVB diese nicht mit dem vorhandenen Personal auskommen würde und Mitarbeiter zusetzen müsste. Die Erarbeitung dieser Verwaltungsvorlage habe in der Tat sehr lange gedauert; bekanntermaßen konnte auch nicht direkt eine einheitliche Verwaltungsmeinung hergestellt werden. Das Amt für Brücken und Stadtbahnbau sei jedoch nicht untätig gewesen und habe in den vergangenen 1,5 Jahren an einer guten Projektabstimmung mit der KVB gearbeitet. Er hoffe, dass nun zügig qualifiziertes Personal gefunden werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den zusätzlichen Stellen-/Personalbedarf für 5,5 Stellen [1 Diplomingenieur, Vergütungsgruppe II/II + Vg, Fallgruppe 1/1 BAT (= Entgeltgruppe 13 TVöD), 1 Diplomingenieur, Vergütungsgruppe III/II, Fallgruppe 1/1b BAT (= Entgeltgruppe 12 TVöD) und 3,5 Diplomingenieure, Vergütungsgruppe IVa/III, Fallgruppe 1/1c BAT (= Entgeltgruppe 11 TVöD)] für die weitere Planung und Realisierung der 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn und der Straßenbaumaßnahme „Bonner Str. von Marktstraße bis Verteilerkreis Köln-Süd“ mit dem Neubau der P+R Anlage an und genehmigt zum Stellenplan 2012 die unbefristete Stellenzusetzung.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Einrichtung der o.g. Stellen und die so-

fortige unbefristete Besetzung. Entsprechende Verrechnungsstellen werden verwaltungsintern bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 bereit gestellt.

Die Finanzierung des mit der Einrichtung der 5 zusätzlichen Stellen bei dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik und bei dem Amt für Brücken und Stadtbahnbau verbundenen zusätzlichen Personal- und Sachkostenaufwandes erfolgt durch Aufstockung der entsprechenden Budgets zum HPL 2012 bei den genannten Ämtern.

Die Finanzierung des mit der Einrichtung der 0,5 Stellen bei dem Zentralen Vergabeamt verbundenen Personal- und Sachkostenaufwandes erfolgt über den erzielten Mehrwert durch zeitnähere positive Nachtragsverhandlungen.

Die Aufstockung der Budgets für Personal- und Sachkosten führt zu einer Erhöhung des bisherigen Fehlbetrages in der mittelfristigen Ergebnisplanung.

Damit wird die Ratsvorlage vom 27.02.2009 (Session-Nr. 0496/2009) gegenstandslos.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

5.15 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt 0843/2011

Ausschussvorsitzender Waddey merkt an, dass insbesondere der 3. Punkt der Vorlage – Nachforderungen der ARGE aus Baumaßnahmen in Folge des Archiveinsturzes – sehr kritisch erscheine und er vorschläge, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, merkt an, dass im Zuge der Kostentransparenz vereinbart wurde, potenzielle Kosten zu benennen, bevor sie angefallen sind. Als solche sei die Vorlage zu sehen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Stehende Rolltreppen in Chorweiler Nord 0459/2011

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 14. Sitzung des Verkehrsausschusses am 18.01.2011, TOP 4.3 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV hier: Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße 5348/2010 0548/2011

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Aufgrabung in der Ottostraße
hier: Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 8.6
0763/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 U-Bahnhaltestelle Ebertplatz - Zugang zur Bushaltestelle Nordseite/Linie
148/140
9. Sitzung des Verkehrsausschusses am 07.09.2010, TOP 8.7
Anfrage des RM van Geffen
0566/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM van Geffen bedankt sich zunächst, merkt jedoch an, dass er die Örtlichkeit weiter im Auge behalten werde.

**6.5 Verkehrssituation Alfred-Schütte-Allee in Köln-Poll
Anfrage der Fraktion pro Köln aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 15.02.2011, TOP 1.2
0749/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 TOP 8.5 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011
Radweg Gustav-Heinemann-Ufer zwischen Schönhauser Straße und Kap
am Südkai
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
0972/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Gefährdung der Bewohner Höhenhauses durch den Bahnübergang
Wupperweg
hier: Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.01.2011,
TOP 8.9
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom
31.01.2011, TOP 7.2.1
0788/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz Mülheim in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020" 0520/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Noack merkt an, dass zwar für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, der sich im Eigentum der DB befinde, viel Geld verausgabt werde, der Verwaltung und anderen Institutionen wie VRS oder NVR jedoch keinerlei Nutzungsrechte eingeräumt werden. Er bitte daher um Mitteilung, ob ein entsprechend gestalteter Vertrag mit der DB geschlossen und ob zudem auf die DB eingewirkt werden könne, damit diese auch das Gebäude an sich attraktiver gestalte.

BG Streitberger sagt zu, die Anregungen aufzunehmen und mit der DB entsprechend zu verhandeln.

7.2 Bericht Stadtraummanagement 2010 0088/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Kontaktstellen für Hinweise zu defekten Leuchten sowie Fragen, Anregungen und Sonstiges zu Beleuchtungsangelegenheiten des öffentlichen Straßenlandes 0614/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2011 hier: Dringliche Umsetzung der Maßnahmen Industriestraße und Hagedornstraße 0644/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2010 0773/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten
0789/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.7 Straßensanierung Rheinuferstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und
Beschwerden vom 22.11.2010, TOP 3.1
0666/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz
hier: Sachstandsbericht
1008/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey weist BG Streitberger darauf hin, dass hier ein sehr differenziertes Verfahren durchgeführt werde und die Verwaltung auch externe Unterstützung habe. Es gehe um den Interessensausgleich zwischen einer technisch weitgehend ordnungsgemäßen Herstellung der Fläche - ohne auf ein anerkanntes Verfahren zurückgreifen zu können - , der künstlerischen Gestaltung des Raumes incl. des Kunstwerks und der Harmonie zum Gebäude der Philharmonie und des Museums Ludwig. Er könne zusichern, dass die Achsmaße, die Materialität und das Muster der vorhandenen Anlage wieder getroffen werden; lediglich die Fugen werden anders als heute aussehen. Er sei zuversichtlich, dass hier mit dem Künstler eine gute und einvernehmliche Lösung gefunden werde.

**7.9 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Vorsitzender Waddey merkt an, dass die Thematik im Ausschuss für Umwelt und Grün weitergehender diskutiert werden sollte.

SE Steiner weist darauf hin, dass sie den in Köln-Godorf installierten Passivsammler mit den nach ihren Informationen guten Werten in der beiliegenden Tabelle vermisste und sie um Klärung bitte.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass zudem der Standort „Hauptstraße“ (Nr. 8) nicht eindeutig sei.

**7.10 15 Minuten kostenfreies Parken
hier: Sachstandsbericht
1083/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt. Wie vor Eintritt in die Tagesordnung vereinbart, erfolgt die Behandlung in der kommenden Sitzung am 10.05.2011.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Baumaßnahme Ittisstraße/Nußbaumer Straße Anfrage des SE Preckel

SE Preckel bittet um Mitteilung, ob die Fahrbeziehung an der Ittisstraße aus Richtung Lenaplatz in Richtung Ossendorf bleiben wird oder ob künftig nur noch vom Lenaplatz kommend rechts stadteinwärts abgebogen werden kann. Im letzteren Fall habe er die Befürchtung, dass viele über die Gottfried-Daniel-Straße, in der viele Familien mit kleinen Kindern wohnen, ausweichen werden.

BG Streitberger sagt zu, Herrn Preckel eine Stellungnahme zukommen zu lassen.

8.2 Umgestaltung der Venloer Straße Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer spricht die derzeitige Umgestaltung der Venloer Straße an und fragt nach der Aufmarkierung des Radweges. Zudem seien an verschiedenen Stellen – beispielsweise in Höhe der Josefikirche und der Piusstraße – Unebenheiten vorhanden, die für den Benutzer sehr unangenehm seien.

Ausschussvorsitzender Waddey berichtet, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld in ihrer gestrigen Sitzung bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Dieser beinhalte auch, die Schutzstreifen stärker zu markieren.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass die Oberfläche der Venloer Straße, d.h. auch die Pflasterung, noch nicht in Gänze fertig gestellt sei.

8.3 Sachstand zur Kreuzung Dürener Straße/Gürtel Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Planung zwar fertig gestellt wurde; zwischenzeitlich hätten vor Ort jedoch einige Initiativen diverse Anregungen und Änderungswünsche eingebracht, die seitens der Verwaltung noch geprüft und teilweise auch berücksichtigt wurden. Die überarbeitete Planung werde im hiesigen Ausschuss nochmals vorgestellt.

8.4 Mannheimer Straße in Köln-Ostheim Anfrage des RM Möring

RM Möring weist darauf hin, dass auf „Rechts-vor-Links“-Regelungen häufig durch ergänzende Markierungen in Form von Stoppstreifen hingewiesen werde. Eine derartige Markierung sei in der Mannheimer Straße jedoch nicht vorhanden. Da laut Anwohner dort häufig auch zu schnell gefahren werde, bitte er um Klärung, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne.

8.5 Denkmalschutz der Südbrücke Hinweis des RM Möring

RM Möring weist darauf hin, dass auf der Südseite ein Werbeschild des „Novotels“ über der Fahrbahn angebracht sei. Dieses gehöre aus Denkmalschutzgründen nach seinem Empfinden dort nicht hin; zudem sollten derartige Schilder an die Lichtmaste der Rheinenergie gehängt werden. Er bitte diesen Hinweis an die Denkmalschutzbehörde weiter zu geben.

8.6 Ampelregelung in der Trankgasse Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke teilt mit, dass in der Trankgasse vor dem Excelsior Hotel Ernst eine provisorische Ampel installiert wurde, die nach seinen Beobachtungen stark von Fußgängern frequentiert werde und zudem dem Radverkehr Vorteile biete. Er möchte daher wissen, ob diese Ampelanlage auf Dauer erhalten bleiben könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass die Signalanlage aufgrund der Einrüstung des Nordturmes des Domes und der teilweisen Sperrung der Domplatte errichtet wurde. Die Verwaltung betrachte dies als Experiment und möchte zunächst Erfahrungen sammeln. Sofern diese positiv seien, werde sie jedoch sicherlich auf den hiesigen Ausschuss zukommen.

8.7 Reinigung der Haltestelle Hansaring Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke bittet um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, merkt an, dass es hier Probleme in vergaberechtlicher Hinsicht gebe. Eine weitergehende Stellungnahme sagt er für die kommende Sitzung zu.

8.8 Zugang zum Bahnhof-Süd Anfrage des RM Wolter

RM Wolter bittet um Mitteilung, ob es hier zwischenzeitlich einen neuen Sachstand gebe.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass nunmehr zwei weitere Gespräche mit der DB – vertreten durch Herrn Kradepohl - stattgefunden haben. Bei diesen wurde in Aussicht gestellt, dass die DB das Projekt bzw. diese Maßnahme ggf. übernehme; die Stadt Köln werde einen Baukostenzuschuss dazu beitragen. Weitergehende Gespräche seien bereits in Kürze anberaumt. Herr Neweling sagt zu, den hiesigen Ausschuss über den weiteren Fortgang unaufgefordert zu informieren.

8.9 Einfahrt Hochkirchen in Köln-Rondorf Anfrage der SE Steiner

SE Steiner fragt nach, wie lange die Baumaßnahme in Rondorf, Einfahrt Hochkirchen, noch andauere. Hier gebe es durch die Baustellen-Lichtsignalanlage große Staus und Verkehrsprobleme. Zudem möchte sie wissen, wie die weitere Gestaltung der Kreuzung aussehen werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass es sich nicht um eine Maßnahme der Stadt Köln sondern vielmehr die eines Leitungsträgers handele. Eine Stellungnahme werde er zur nächsten Sitzung vorlegen.

8.10 Verkehrssituation im Bereich Porz-Zündorf Anfrage des RM van Benthem

RM van Benthem berichtet, dass sich die Verkehrssituation in Porz-Zündorf und Porz-Wahn derzeit sehr unglücklich darstelle. Durch gleich mehrere Baustellen – insbesondere in Richtung Innenstadt – komme es häufig zu sehr langen Verkehrsstaus. Er bitte um Mitteilung, wie lange die Baustellen andauern werden bzw. wann eine bessere Koordination der Baustellen erfolge.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass sowohl die Deckensanierung in Zündorf - im Nachgang zu einer Leitungsverlegung – als auch der Kreisverkehr in Wahn in Kürze fertig gestellt sein werden. Konkrete Fertigstellungstermine könne er adhoc nicht benennen werde er jedoch nachreichen.

8.11 Zustand der Bunsenstraße/Godorfer Hauptstraße Hinweis des RM Möring

RM Möring weist darauf hin, dass sich die Einmündung der Bunsenstraße auf die Godorfer Straße – eine abknickende Vorfahrt – in einem sehr schlechten Zustand befinde und über die Jahre hinweg große Furchen in den Straßenfugen entstanden seien. Er bitte das Amt für Straßen und Verkehrstechnik, sich die Örtlichkeit anzuschauen und wenn möglich Abhilfe zu schaffen.

8.12 Anmeldung für Investitionsvorhaben des ÖPNV/SPNV Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

Vorsitzender Waddey berichtet, dass nach einer Mitteilung der NVR-Geschäftsführung im Hauptausschuss die Anmeldefrist für Investitionsvorhaben des ÖPNV/SPNV am 31.03.2011 ablaufe. Er bitte um Mitteilung, ob und welche Maßnahmen die Stadt Köln angemeldet habe.

BG Streitberger sagt eine schriftliche Stellungnahme zu; es seien sicherlich einige Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen angemeldet worden.